



**Dr. Johann Wadephul**

*Mitglied des Deutschen Bundestages*

**Newsletter 37 vom 10.01.2020**

### **Deutschland steht zum Bundeswehreinsatz gegen den IS**

In einem von US-Präsident Trump angeordneten Luftschlag haben die USA am 03. Januar Qassim Soleimani, den wichtigsten General des iranischen Regimes, während eines Aufenthaltes im Irak getötet. In Folge dessen griff der Iran Mitte dieser Woche einen von US-Streitkräften genutzten Stützpunkt im Irak mit ballistischen Raketen an. In seiner Rede hat der US-Präsident angekündigt auf diese Angriffe vorerst nicht militärisch reagieren zu wollen. Bereits am vergangenen Wochenende hat das irakische Parlament mit einer nicht bindenden Resolution die eigene Regierung beauftragt für einen Abzug der ausländischen Streitkräfte im Land zu sorgen. Im Zuge der verschärften Sicherheitslage waren Teile des Bundeswehrrkontingents aus dem Zentralirak vorübergehend nach Jordanien verlegt worden. Andere Teile des Ausbildungskontingents verbleiben an ihrem Standort im relativ sicheren Erbil im Nord-Irak.

#### **Meine Meinung**

Dieser Luftschlag der USA hat nicht für mehr Sicherheit, sondern für mehr Unsicherheit gesorgt. Der Angriff hat einen Militärangehörigen getroffen, der für sehr viel Unheil in der gesamten Region des Nahen Ostens verantwortlich ist. Trotzdem rechtfertigt das keinen derartigen Angriff – schon gar nicht in einem souveränen Staat. Der Vorfall zeigt abermals, dass die Europäer sicherheitspolitisch von den Vereinigten Staaten unabhängiger werden müssen.

Über die Folgen des aktuellen Konflikts zwischen dem Iran und den USA hat der Deutsche Bundestag in zwei Sondersitzungen des Auswärtigen Ausschusses und der Verteidigungsausschusses beraten. In beiden nicht-öffentlichen Sitzungen ging es um die Entwicklung im Irak und die Folgen für den dortigen Bundeswehr-Einsatz.

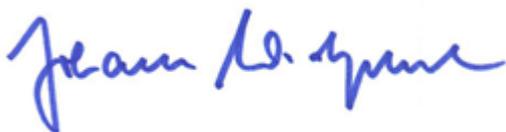
Entscheidend ist, dass der große Teil des Kontingents in Erbil im Irak bleibt. Das ist wichtig und richtig. Die Bundesregierung fühlt sich verpflichtet, den wichtigen Kampf gegen den IS im Irak fortzusetzen. Der Einsatz ist in dem Rahmen, in dem er vorgenommen wird, notwendig und verantwortbar. Die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten ist nach menschlichen Ermessen gewährleistet. Das Mandat der Bundeswehr gilt bis zum 31.

Oktober dieses Jahres. Wir haben nur die Ausbildungstätigkeit der irakischen Sicherheitskräfte ausgesetzt und werden diese fortsetzen, sobald es die Sicherheitslage im Land zulässt. Wir werden, wie vom Bundestag beschlossenen Mandat vorgesehen, den Einsatz der Beobachtungstornados im Irak am 31. März an unsere italienischen Verbündeten übergeben.

Natürlich ist die Fortsetzung des Einsatzes von der Zustimmung der irakischen Regierung zum Einsatz abhängig. Die Bundesregierung ist dazu in Gesprächen mit der irakischen Regierung. Was nicht vergessen werden darf: Die Parlamentsresolution wurde nur von der Hälfte des Abgeordneten unter schwierigen Bedingungen beschlossen. Es bleibt also abzuwarten, wie sich die irakische Regierung in dieser Frage positioniert. Die beschlossene Resolution ist nämlich primär gegen die Präsenz der US-Streitkräfte im Land gerichtet. Es ist noch nicht klar, ob auch die Bundeswehr davon betroffen ist. Klar ist, dass die Bundeswehr nur dort verbleibt, wo sie auch willkommen ist. Wir werden keinen Sonderweg gehen, sondern mit unseren Verbündeten in der Anti-IS-Koalition gemeinsam abgestimmt agieren und damit verlässlich bleiben. Es muss jetzt geprüft werden, ob der Einsatz im NATO-Rahmen fortgesetzt werden kann und soll.

Herzlichst

Ihr



Johann David Wadephul